



Stadt Wuppertal - 208.3 - 42269 Wuppertal

Bundesministerin
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Frau Manuela Schwesig

11018 Berlin

ah 24/8/16

23.08.2016

Stadt Wuppertal
Der Oberbürgermeister
Ressort 208.3
Kinder, Jugend und Familie -
Jugendamt
Friedrich-Ebert-Str. 27
42103 Wuppertal

Ansprechpartner
Thomas Herold

Telefon
+49 202 563 2120

Telefax
+49 202 563 8448

E-Mail
thomas.herold
@stadt.wuppertal.de

Zimmer
104

Bankverbindung
Stadtsparkasse Wuppertal
BIC WUPSDE33
IBAN DE89 3305 0000
0000 1007 19

Internet
www.wuppertal.de

Newsletter
www.wuppertal.de/news

ServiceCenter
+49 202 563-0

Seite
1 von 3

Erhöhung der Bundesmittel im Rahmen der Frühen Hilfen

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,

mit der Bundesinitiative Frühe Hilfen gem. § 3 Abs. 4 Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG) stellt der Bund derzeit jährlich 51 Millionen Euro zur Sicherstellung der Netzwerke Frühe Hilfen und der psychosozialen Unterstützung von Familien zur Verfügung. Wie in vielen anderen Kommunen konnten wir in Wuppertal mit Hilfe dieser Mittel ein deutlich verbessertes Beratungsangebot aufbauen. Dafür bedanken wir uns auch bei Ihnen ausdrücklich, da Sie sich wesentlich für dieses wichtige präventive Angebot und für die Verstetigung der Mittel eingesetzt haben.

Allerdings sehen wir uns als Stadt nicht in der Lage, die im Rahmen des KKG übertragenen Aufgaben mit den zur Verfügung stehenden Mitteln angemessen erfüllen zu können. Wuppertal ist mit rd. 355.000 Einwohnern und jährlich rd. 3.000 Geburten eine mittlere Großstadt. Wir erhalten jährlich 266.262 € aus Bundesmitteln. Davon werden ca. 70 % für die Förderung von Familienhebammen und von vergleichbaren Berufsgruppen bei freien Trägern im Umfang von 3 Vollzeitstellen verwendet.

Viele freie Träger unterstützen die Arbeit mit eigenen finanziellen Beiträgen jeweils im vier- bzw. fünfstelligen Euro-Bereich. Darüber hinaus fließen kommunale Mittel der Stadt im Umfang von rd. 140.000 € p.a. insbesondere im Rahmen von zwei Vollzeitstellen für Information und Beratung in das präventive Angebot. Zusammen stehen damit in Wuppertal jährlich rd. 500.000 € für die Frühen Hilfen im Sinne des KKG zur Verfügung. Dieser Mitteleinsatz ist mit Blick auf die z. T. bestehenden prekären Verhältnisse in einer nennenswerten Anzahl von Familien und dem gesetzlichen Auftrag für Wuppertal bei weitem nicht ausreichend.

Die Bedarfe sind deutlich höher als das Angebot an Beratung und Unterstützung

Auf der Basis unserer fachlichen und erfahrungsbasierten Einschätzungen gehen wir davon aus, dass in Wuppertal mindestens 10-15 % der betroffenen Familien einen nennenswerten Unterstützungsbedarf durch Familienhebammen haben. Mit unseren Angeboten erreichen wir jedoch nur rd. 5 % der Familien. Derzeit werden insbesondere Familien mit einem akuten und sehr hohen Unterstützungsbedarf betreut. Eine beträchtliche Anzahl von Familien mit ebenfalls deutlichem Unterstützungsbedarf im Sinne des KKG bleibt damit bedauerlicherweise in einer Phase, die für eine gesunde Entwicklung des Kindes entscheidend ist, Jahr für Jahr unversorgt. Insoweit bleibt der gesetzlich verankerte Anspruch auf Prävention für eine Vielzahl von Familien unerfüllt!

Steigende Personalkosten führen perspektivisch zu einer Reduzierung des Angebots

Von 2012 bis Ende 2016 sehen sich die freien Träger mit tariflichen Gehaltssteigerungen in Höhe von 12 - 15 % konfrontiert. Die Bundesförderung ist in den letzten Jahren gleichbleibend. Auch wir als Kommune in einer prekären Haushaltssituation sehen uns nicht in der Lage, die bereits eingesetzten Mittel zu erhöhen. Etliche Träger kompensieren derzeit das tatsächlich nennenswerte Defizit durch erhöhte Trägeranteile. Die Übernahme der Personalkostensteigerungen ist für die Träger auf Dauer nicht leistbar. Das wird perspektivisch über eine Reduzierung des Personals zu einer Verringerung des ohnehin unzureichenden Angebots führen.

Der Jugendhilfeausschuss hat sich mehrmals ausführlich mit dieser Thematik auseinandergesetzt und die Verwaltung in seiner letzten Sitzung beauftragt, Ihnen Frau Bundesministerin, die großen Herausforderungen und Probleme vor Ort aufzuzeigen und an Sie zu appellieren, die Bundesmittel deutlich aufzustocken.

Bezogen auf Wuppertal halten wir eine Verdoppelung der Bundesmittel von jährlich 266.000 € auf rd. 530.000 € für dringend geboten. Damit könnten in einem angemessenen Umfang im Rahmen der Frühen Hilfen Familienhebammen eingesetzt werden. Andernfalls sehen wir uns nicht in der Lage, allen Säuglingen und Kleinkindern bis zum 3. Lebensjahr ein gesundes und gewaltfreies Aufwachsen zu ermöglichen und eine gute Bindung des Kindes zu den Eltern zu unterstützen. Insbesondere Familien in Armut, mit mangelnder Integration oder auch im Falle von körperlicher oder psychischer Erkrankung der Eltern könnten nicht präventiv und nachhaltig im Sinne des Gesetzes gefördert werden!

Wir sind davon überzeugt, dass diese Problemanzeige nicht nur für die Stadt Wuppertal zutrifft und appellieren an Sie, die finanzielle Unterstützung der Frühen Hilfen schnell auszuweiten!

Gerne stehen wir für eine vertiefte Erörterung zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
i.V.



Beig. Dr. Stefan Kühn
Leiter des Geschäftsbereichs
Jugend, Soziales, Schule und Integration



Renate Warnecke
Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses